

Not braucht viel Gebot

Terrorgefahr in Deutschland – eine Produktivkraft für den Rechtsstaat

Die Kanzlerin „will *schärfere Sicherheitsgesetze*“ und ihr Deutschland damit auch auf einem Feld modernisieren, auf dem sie dringenden Nachholbedarf weiß. Sie fordert, der Einsatz der Bundeswehr müsse auch im Inneren „im Zusammenhang mit terroristischen Gefahren in ausgewählten Bereichen möglich sein“. Es sei nämlich „die alte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit, von gestern“, spätestens seit dem 11. September 2001.“ (SZ, 3.7.07)

Deshalb befreit sie ihren Innenminister ausdrücklich von allen „Denkverboten“ und lässt ihn, der schon lange ihrer Meinung ist, sogar das bislang angeblich „Undenkbar“ denken, wie liberale Redaktionen mit einigen Anzeichen gepflegten Entsetzens notieren. Sie haben sich erst neulich über eine Ankündigung Schäubles erschreckt, wonach auch und vor allem der Terrorgefahr wegen das Aufsichts- und Überwachungswesens im Lande einer fälligen technischen und rechtlichen Sanierung unterzogen werden soll. Die soll zu einer umfassenden staatlichen Kontrolle des Personen-, Daten- und Telefonverkehrs führen, Terroristen und anderen Abweichlern computertechnisch das Leben schwer machen und der Staatsmacht den gebührenden Vorsprung im Wettlauf mit dem Verbrechen verschaffen.

Jetzt aber, da der Minister zusammen mit seiner Kanzlerin einmal einen Schritt vom Tagesgeschäft zurücktritt, auch die Modernisierung des nationalen Überwachungsregimes in einen größeren Zusammenhang stellt und die Sicherheitslage der Nation grundsätzlich würdigt, stellt er fest, worum es „letztlich“ geht: Darum, „das Gemeinwesen vor terroristischen Angriffen zu bewahren, die auf seinen Zusammenbruch zielen“, „den Staat in seinen Grundlagen erschüttern“ und „ihn als Ganzes bedrohen“. (Handelsblatt, 17.7.)

Endlich vereinigt und im Vaterland angekommen Eine Linkspartei für Deutschland – konservativ, realistisch, machtbewusst, national

Mitte Juni schließen sich die ostdeutsche PDS und die westdeutsche WASG, die zur Bundestagswahl 2005 gemeinsam angetreten sind und seitdem eine Fraktion im Parlament bilden, förmlich zur neuen Partei „Die Linke“ zusammen. Ein Parteiprogramm, also die Niederschrift dessen, wofür man nun gemeinsam steht, fehlt noch und soll von der Partei, die schon mal steht, später nachgereicht werden. Das mag bezeichnend sein für Kalkül und Ziel dieser Neugründung, ein Schaden ist es definitiv nicht. In ihren Reden auf dem Gründungsparteitag präsentieren die Spitzenleute nämlich einen längst fertigen Standpunkt der Partei, der keine Fragen offen lässt.

Bessere Politik für die Minderbemittelten

Die neue Kraft begründet, warum es in der deutschen Parteienlandschaft auch sie noch braucht, mit deftigen Vorwürfen: Die Lage der „sozial Schwachen“ ist eine Katastrophe; so wie bisher darf es nicht weitergehen! Bisky, Gysi und Lafontaine zitieren die Sozialreformen des letzten Jahrzehnts – die Hartz-Gesetze zu Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung, die Renten- und Gesundheitsreform, die Erosion des Tarifsystems – und konstatieren eine wachsende Armut der Arbeitslosen und der Beschäftigten, der Kinder, der Berufsanfänger, der Rentner, der Niedrig- und der Durchschnitts-Löhner.

„Die Linke ... solidarisiert sich mit den Beschäftigten, die sich von den global players nicht erpressen und nicht gegen ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern ausspielen lassen“, mit den „Millionen Menschen, die zu niedrige Löhne haben und die eben nicht zu Hungerlöhnen arbeiten wollen“ (Bisky), mit den „Rentnern, die die niedrigste Rente aller Industriestaaten zu erwarten haben“ (Lafontaine).

Man solidarisiert sich mit den Schlechter-

Das stellt den altgedienten Juristen und amtierenden Polizei- und Verfassungsminister vor eine doppelte Problemlage, die im Gespräch darzulegen ihm der „Spiegel“ (28/07) ausführlich Gelegenheit gibt: Einerseits ist klar, dass es der vom Minister vertretenen Staatsmacht um den materiellen polizeilichen Erfolg ihrer antiterroristischen Gegengewalt geht. Dementsprechend räsoniert Schäuble über Möglichkeiten, Staatsfeinden mit Internet- und Handy-Verboten die Kommunikation abzuschneiden; darüber, ob man „potenzielle Terroristen, sogenannte Gefährder“, also Leute, gegen die man erst einen Verdacht, aber noch keine Beweise hat, schon „wie Kombattanten behandeln und internieren“ könnte; ob man sich nicht am amerikanischen Beispiel orientieren sollte, wonach man die Bin Ladens dieser Welt, sobald man ihren Aufenthaltsort kennt, „mit einer Rakete exekutieren“ könnte – „die meisten Leute würden sagen: Gott sei Dank.“ – ; und dass es, wenn der Staat „als Ganzes“ bedroht ist, gemäß früheren und nach wie vor aktuellen Überlegungen zur Einführung eines „Quasi-Verteidigungsfalls“, vorkommen könnte, dass dabei auch größere Mengen seiner eigenen Bürger bei solchen Schlägen einen finalen Kollateralschaden erleiden. Dann etwa, wenn sie sich unfreiwillig mit Terroristen in demselben und für gefährlich gehaltenen Flugzeug aufhielten.

Andererseits: Kaum hat der Minister sich zusammen mit den „meisten Leuten“ gefreut über die Vorstellung, Bin Laden mit gleicher Post und im Cruise-Missile-Tempo Ermittlungsergebnis, Urteil und Vollstreckung zu stellen zu lassen, macht er auf ein ungelöstes Problem aufmerksam, das ihn umtreibt: Um zu solch schönen Kontroll- und Terminierungserfolgen zu kommen, ist im Rechtsstaat **Fortsetzung Seite 4, Spalte 1, Mitte**

oder gar nichts Verdienenden der Republik: Das ist schön, erinnert an linke Ideale – und hat mit dem Projekt, für das früher einmal das Etikett „links“ gestanden hat, nichts zu tun. Die Armen organisieren, für Widerstand gegen die Gründe der Armut mitten im kapitalistischen Paradies agitieren, das hat Die Linke nicht im Angebot. Sie kommt dieser Klientel von oben entgegen: aus den Gefilden der politischen Macht, die über die Ausgestaltung der Lebensverhältnisse hierzulande befindet; mit dem Standpunkt der Zuständigen, die über die Ordnung in der Republik zu bestimmen haben; als Teil der Herrschaft, die dem bedürftigen Teil der Gesellschaft Schutz vorenthalten, aber auch gewähren kann. Und daran ändert sich auch dadurch nichts, dass die Partei ihre Adressaten, die sie als ihre Schutzbefohlenen anspricht, gleich mit Hilfe der 1. Person Plural großherzig vereinnahmt:

„Wir brauchen eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die die Schwachen vor den Starken schützt.“ (Lafontaine, Freiheit durch Sozialismus, FAZ, 9.7.07)

Wer den „sozial Schwachen“ so „solidarisch“ kommt, der macht sich mit denen nicht gemein. Der präsentiert sich als Sachwalter einer höheren Instanz, die über den „Starken“ wie den „Schwachen“ der Gesellschaft steht. Der denkt nicht im Traum daran, diesen Unterschied aus der Welt zu schaffen: Der meint, als verantwortungsbewusster Machthaber dürfte man diesen Unterschied nicht zu groß werden lassen. Und damit steht auch schon fest, wen diese Partei als ihren politischen Gegner im Visier hat: Regierende „Reformchaoten“, die den Opfern der herrschenden „Wirtschafts- und Sozialordnung“ aus ganz verkehrten Gründen die geschuldete Rücksichtnahme versagen:

„Die Politik der Großen Koalition ist eine Politik des Sozial- und Demokratieabbaus! ... Wir sind an-

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Linksruck in Lateinamerika: Venezuelas Aufstand im Hinterhof der USA

Chávez in Venezuela, Morales in Bolivien, Correa in Ecuador und der ehemalige Sandinistenchef Ortega in Nicaragua! In Südamerika kommen ungewöhnliche politische Führer an die Macht. Die sind tatsächlich der Meinung, dass die extreme Armut der allermeisten ihrer Landsleute, deren Unbildung und das Fehlen der medizinischen Versorgung nicht in Ordnung gehen und auch nicht sein müssen. Diese Politiker sind zweitens sicher, dass ihre Länder mit Öl, Erdgas und anderen Bodenschätzen durchaus Ressourcen hätten, mit denen sich einiges machen ließe, um das Leben der Volksmassen zu sichern und zu heben.

Von diesen Ressourcen, meinen sie, hätten die bisherigen Eliten einen falschen Gebrauch gemacht, so dass der Reichtum nicht ihren Ländern zugutekommt, sondern immer nur ausländischen Kapitalgesellschaften, sowie einer kleinen Schicht superreicher, oft in den USA lebender Landsleute, die vom Ausverkauf der nationalen Reichtumsquellen profitieren. An der Macht verstaatlichen die Linksnationalisten Öl- und Gasförderfirmen auf ihrem Territorium, nicht ohne den internationalen Konzernen neue Zusammenarbeit und/oder Entschädigungszahlungen anzubieten.

So viel Respekt vor ausländischem Privateigentum nützt ihnen aber nichts. Von Seiten europäischer Regierungen ernten sie damit bestenfalls Verachtung. Eine Politik, die internationalen Konzernen zugunsten von Wohlfahrtsprogrammen Fesseln anlegt, gilt einfach als unseriös und populistisch. Aufgeklärte europäische Wirtschaftspolitiker halten eine solche Verwendung der Öleinkünfte für eine perspektivlose Verschleuderung des nationalen Reichtums, der für Besseres da ist, als dafür, den Armen zu essen zu geben.

Aber das ist noch harmlos. Volle Feindschaft ziehen sich die boliviarischen Revolutionäre von der Weltmacht im Norden zu. Washington erklärt deren Wirtschaftspolitik, die die nationalen Ressourcen der eigenen Nation zu reservieren versucht, als Verstoß gegen das US-Eigentumsrecht an der ganzen Weltwirtschaft. Ein Entzug aus der Globalisierung, wie die USA sie eingerichtet haben, wird nicht geduldet. Längst laufen von außen gesteuerte Umsturzversuche, längst sind die Verteidigungsanstrengungen Venezuelas als Angriff auf die Sicherheit der USA im Visier. Es ist klar, dass die USA sich mit diesem Aufbegehren in ihrer Hemisphäre nicht abfinden werden.

Der lateinamerikanische Linksruck bietet uns Gelegenheit

– Erstens ein paar Schlüsse auf die heute erreichten Maßstäbe der Benutzung und der Unterordnung zu ziehen, die die großen Kapitalnationen des Nordens gegenüber dem Rest der Staatenwelt anlegen. Die Weltwirtschaft hat ihren Investoren zur Verfügung zu stehen und deren Ansprüche zu befriedigen – und das verträgt sich überhaupt nicht mit bescheidensten Versuchen, die Profite zugunsten der Armen zu verwenden.

– Zweitens einen Blick darauf zu werfen, wie beschränkt, bescheiden und gefährdet der lateinamerikanische Umbruch ist, der aus der Rolle des Rohstofflieferanten für die Metropolen und den Erträgen, die dieser Dienst am Weltkapitalismus abwirft, einen sozialen Aufbruch zu machen versuchen.

– Drittens ein großes Fragezeichen bei Globalisierungsgegnern und Linken anzubringen, die Chávez und seine Freunde als neue Hoffnungsträger begrüßen, an denen sie sich hochziehen. Dass Politikern in Südamerika, die im sozialen Sinn „good government“ ausüben wollen, nicht viel anderes übrig bleibt als ihre beschränkten und hoch gefährdeten Versuche zu unternehmen, macht die weder zum Vorbild für hier, noch zu einem guten Beleg für die billige Hoffungsformel, dass eine andere Welt möglich sei.

Donnerstag, 6. Dezember 2007, 20.00 Uhr
K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstraße 93
www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

getreten, die politischen Kräfteverhältnisse hier im Land und in Europa zu verändern. Seit Jahrzehnten hören wir, dass der globale Kapitalismus eine Politik der sozialen und demokratischen Opfer verlangt. Standorte und Sicherheiten der westlichen Welt blieben nur erhalten, wenn die Löhne und die Steuern sinken, während die Rüstungsausgaben steigen. Die Monotonie dieser fixen Ideen wird von neoliberalen Denkern seit Jahrzehnten vorgetragen.“ (Bisky)

Die Sachzwang-Ideologien des herrschenden Zeitgeistes hängen diesen Linken zum Hals raus, weil die herrschenden Politiker damit eine Politik rechtfertigen, die, würde man dem „globalen Kapitalismus“ nur mal energischer auf den Zahn fühlen und die wirklichen Erfordernisse der „Standorte und Sicherheiten der westlichen Welt“ ermitteln, sich als gar nicht alternativlos und zwingend herausstellen würde. Es ist gar nicht wahr, dass man als verantwortlicher Sachwalter einer modernen kapitalistischen Nation die ohnehin „sozial Schwachen“ so fies behandeln muss, wie das in der BRD Sitte geworden ist; Kapitalismus ginge auch schonender und menschenfreundlicher; und so könnte sich auch Die Linke mit ihm anfreunden: Das ist der Tenor aller linkspartheilichen Solidaritätsbekundungen mit den Opfern des Systems. Und genau das spricht Biskys Kollege im Führungsduo der Partei auch mit aller Deutlichkeit so aus:

„Wir sind auch die Partei der Globalisierung mit menschlichem Antlitz. Die Globalisierung braucht nichts anderes als soziale Regeln, denen der wirtschaftliche Prozess unterworfen wird. Es kann nicht sein, dass der Raubtierkapitalismus, der Finanzkapitalismus weltweit operiert, ohne dass die

Nationalstaaten diesem Treiben ein Ende bereiten und Schranken setzen.“ (Lafontaine)

Die Macht des Nationalstaats: Das ist das Höhere Wesen, auf das die sozial Schwachen setzen sollen; denn wenn Die Linke darauf mehr Einfluss kriegt, bleiben sie zwar sozial schwach, aber es passt einer darauf auf, dass kein kapitalistisches Raubtier sie auffrisst. Es ist tatsächlich nicht bloß ein bisschen Rhetorik, wenn die Sprecher der neuen Partei den Kapitalismus immerzu mit Hilfe schmückender Beiworte – als „entfesselten“, „ungezügeln“, als „shareholder value-“, „Turbo-“ oder „Kasinokapitalismus“ – schlecht machen: Sie haben wirklich nichts anderes im Angebot als die trostreiche Ideologie, Grund des Elends im Kapitalismus wäre dessen Übertreibung, und das Versprechen, mit der Gewalt des Nationalstaats gegen solche Übertreibungen einzuschreiten statt sie noch zu fördern. Dass die Gewalt des Nationalstaats erst einmal dazu da ist, den Kapitalismus national in Kraft zu setzen, wird bei diesem großzügigen Versprechen einerseits großzügig ausgeblendet, andererseits aber dann doch nicht einfach vergessen, sondern immer mit in Rechnung gestellt. Denn bei allem Schutz, den sie den sozial Schwachen angedeihen lassen will, behält die Partei als Anwärtin auf die Macht im deutschen Nationalstaat immer die Rahmenbedingungen im Auge, die sie um der Funktionstüchtigkeit des Nationalstaats und seiner Macht willen respektieren, also mit durchsetzen muss: Sie weiß, was geht und was nicht geht; sie kündigt an, dass sie sich natürlich die Entscheidung darüber vorbehält, was **Fortsetzung Seite 2, Spalte 3 unten**

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Argumente gegen die Linguistik

Sprache als Kommunikation

Mit den Befunden von 200 Jahren Sprachwissenschaft hat sich die moderne Linguistik nicht zufrieden geben wollen. Nicht, dass sie an den Erkenntnissen klassischer Sprachforschung irgendeinen Fehler entdeckt hätte; sie kreidet den „*traditionellen Ansätzen zur Erfassung sprachlicher Phänomene*“ vielmehr an, nicht ihre zeitgemäße Perspektive zu teilen, weil „*man das Besondere und Kennzeichnende der Sprache (erst) dann besonders klar herausarbeiten (kann), wenn man sie auf dem Hintergrund der Kommunikation überhaupt sieht.*“ (Lehrgang Sprache – Einführung in die moderne Linguistik, S. 3) Und diese linguistische Sichtweise lässt in der Tat Sprache in einem ganz neuen Licht erscheinen.

Denn, wussten Sie schon,

– dass beim Sprechen „*Information, d.h. etwas mitgeteilt wird?*“ (a.a.O., S. 4) Wo Sie doch sicher bislang dachten, wenn zwei miteinander sprechen, dann hätten sie sich nichts zu sagen;

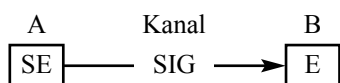
– dass „*Informationsübermittlung (nur) zwischen Einheiten (geht), die in der Lage sind, Informationen abzugeben oder aufzunehmen?*“ (a.a.O., S. 4) Wie leicht man sich doch täuschen kann und glauben, dass auch diejenigen sich unterhalten können, die dazu gar nicht in der Lage sind;

– dass es eine „*materielle Verbindung*“ zwischen Sprechenden geben muss, die „*Signale vom Sender zum Empfänger übertragen kann?*“ (a.a.O., S. 5) Dass sie also von Glück reden können, dass die Luft nicht nur zum Atmen, sondern auch zur Übertragung von Schallwellen taugt. Das halten Sie für trivial? Sie sind wohl kein Linguist! Dann wüssten Sie, dass Sie es hier nicht mit Trivialitäten, sondern mit dem „*einfachen Kommunikationsmodell*“ zu tun haben, das die „*Strukturen und Bedingungen kommunikativer Prozesse verschiedener Art beschreiben kann.*“ (a.a.O., S. 3)

Sender grüßt Empfänger ...

„*Kommunikation ist Informationsübermittlung zwischen Einheiten, die in der Lage sind, Informationen abzugeben und/oder aufzunehmen. Die Richtung der Informationsvermittlung bestimmt, welche dieser Einheiten Sender SE oder Empfänger E ist.*“ (a.a.O., S. 4)

Dasselbe mit Pfeil und Kästchen:



Was ist das vom Linguisten entdeckte Gesetz jedweder Mitteilung (lat. communicatio)? Erstens, Kommunikation ist möglich, wenn alle Voraussetzungen existieren, damit es sie geben kann; einen „Sender“, einen „Empfänger“, eine „materielle Verbindung“, einen „Kanal“, eine „Richtung“ usw.; sind diese Voraussetzungen zweitens gegeben, dann klappt die Kommunikation. Was kann man dieser Mitteilung der linguistischen Wissenschaft entnehmen? Wenig über die Sprache, dafür aber viel über das theoretische Anliegen der Kommunikationswissenschaft: ihre Gedanken sorgen sich um das Gelingen von Kommunikation; und das ist etwas ganz anderes, als die formellen Seiten des Vorgangs zu beschreiben und zu erklären, wenn sich Menschen mittels der Sprache ihre Erfahrungen, Gedanken, Ansichten oder Ansprüche mitteilen:

– Während in der wirklichen Welt die praktizierte Absicht eines Menschen, einem anderen etwas mitzuteilen, ihn zum „Sender“ und den anderen zum „Empfänger“ macht, also die „Richtung“ der Kommunikation festlegt, stellt das Modell den Vorgang auf den Kopf: die „Richtung“ der Kommunikation, die doch wohl schon einen Mitteilenden und einen Adressaten der Mitteilung voraussetzt, sonst gäbe es sie gar nicht, soll hier erst festlegen, wer „Sender“ und „Empfänger“ ist. Eine logische Unmöglichkeit, der ein Kommunikationswissenschaftler einfach mit einem dahingemalten Pfeil im Modell zu Plausibilität verhelfen will.

– Während in der wirklichen Welt der Ausgangspunkt jedweder Mitteilung ist, dass ein Mensch einem anderen entweder etwas mit-

teilen will, was der nicht weiß, oder ihn zu etwas bewegen will, was er (noch) nicht macht oder machen will; während also jeder Mitteilung eine Differenz zwischen dem Mitteilenden und dem Adressaten der Mitteilung zugrunde liegt; und während darüber hinaus mit dem Stattfinden der Mitteilung überhaupt erst die Frage gestellt ist, ob der übermittelte Inhalt dem „Empfänger“ entspricht, verwandelt die Kommunikationswissenschaft dieses Verhältnis in einen Akt wechselseitigen inhaltsleeren Entsprechens der an der Mitteilung Beteiligten: der Adressat heißt deswegen bei ihr „Empfänger“ und macht nichts anderes, als (wie ein Radio) zu empfangen, was der Mitteilende aussendet; und der Mitteilende heißt „Sender“ und ist durch nichts anderes definiert, als dass er (wie ein Sendeturm) aussendet, was der „Empfänger“ empfängt. Eine gelungene Tautologie, die auch nicht überzeugender wird, wenn der Kommunikationswissenschaftler ein Sender- und Empfängerkästchen mit einem Pfeil aufs funktionellste miteinander verbindet.

– Während in der wirklichen Welt der Adressat, an den eine Mitteilung gerichtet wird, die Freiheit hat, diese zur Kenntnis zu nehmen oder auch nicht, die in ihr geäußerten Gedanken, Absichten oder Interessen zu akzeptieren oder zurückzuweisen, sieht das „Modell“ dies ganz anders; den Adressaten definiert es als passiven „Empfänger“ der Mitteilung, und mit geglücktem Sendeempfang sei eine „Kommunikationsgemeinschaft“ realisiert; auch und gerade dann, wenn Mitteilender und Adressat Verfechter sich ausschließender Interessen sein mögen, als „Sender“ und „Empfänger“ sieht der Linguist sie auf gleicher Wellenlänge.

Einerseits handelt es sich also beim „einfachen Kommunikationsmodell“ um ein sehr weltfremdes Ideal; weltfremd, weil der Linguist das bloße Faktum, dass man spricht, zum Beleg realisierter Verbundenheit der Beteiligten macht, einer Verbundenheit, die er sich ganz leer als sichere Entsprechung von „SE“ und „E“ denkt; andererseits um ein sehr totalitäres Ideal, das als innerstes Geheimnis und unumgängliches Gesetz jedweder Mitteilung entdeckt haben will, dass Leute, die sprechen, sich damit – ganz ungeachtet ihres Willens und dessen, was sie sich mitzuteilen haben – je schon in einer prinzipiellen „SE“-„E“-Gemeinschaft (lat. ebenfalls: communicatio) eingebunden finden, um die sie nicht herumkommen.

Einerseits ist mit dem „einfachen Kommunikationsmodell“ die linguistische Sichtweise fertig. Andere Gedanken als solche, die sich um das Gelingen der „Kommunikationsgemeinschaft“ sorgen, sind nicht zu erwarten. Andererseits geht jetzt die Konstruktion „erweiterter Modelle“ erst so richtig los. Denn wer das Ideal der Zusammenstimmung von „SE/E“ zum Glaubenssatz seiner theoretischen Aussagen erhebt, den überkommen naturgemäß Glaubenszweifel. Natürlich nicht hinsichtlich der intellektuellen Leistung seiner Gedanken, sehr wohl aber an der Tauglichkeit der Sprache, ob diese dem linguistischen Ideal von einem „Kommunikationsmittel“, das die fraglose Übereinstimmung von „SE/E“ auch zu garantieren vermag, nachkommt:

„*Unsere tägliche Erfahrung ist, ... daß die Gesprächspartner mehr oder weniger ‚aneinander vorbeireden‘. Denn wenn Sprecher wie Hörer mit einer Äußerung neben konventionell festgelegter auch individuelle Information verbinden, dann können sie nie ganz sicher (!) sein, ob sie sich vollständig (!) ‚verstanden‘ haben, ob also der Hörer die Äußerung so interpretiert, wie der Sprecher sie gemeint hat.*“ (a.a.O., S. 20)

Widersprüche wie der, dass der Kommunikationswissenschaftler seine Bezweifelung der Tauglichkeit der Sprache als Kommunikationsmittel in der sicheren Gewissheit hinschreibt, dass der Leser diese seine Mitteilung „vollständig versteht“, sind offenbar das passende Mittel für den Ausbau des Modells; nämlich die Konstruktion von zig scheinobjektiven Bedingungen, die ein Linguist erfindet, damit in seinen Augen das Gelingen von „Kommunikation“ zu einer objektiven, allem

subjektiven Willen vorausgesetzten Notwendigkeit wird. „*Irgendwie (!) muß geregelt sein, daß ein Signal dem Empfänger die Information vermittelt, die der Sender auch senden wollte. Ohne eine solche (!) Regelung kann offenbar Kommunikation nicht stattfinden.*“ (a.a.O., S. 2) Und dass die Leute jeden Tag millionenfach „kommunizieren“, beweist dem Linguisten, dass „offenbar“ eine „solche Regelung“ existiert, ebenso wie „ernsthafte Kommunikationsschwierigkeiten“ bei ihm Zweifel an deren Perfektion aufkommen und ihn darauf sinnen lassen, ob nicht zusätzliche „Regeln“ zu konstruieren wären ...

Ideologische Botschaft empfangen?

„Einfaches“, „erweitertes“ oder „allgemeines Kommunikationsmodell“ – der Ertrag des Modells ist allemal ein ideologischer. Der Linguist betrachtet die Sprache als möglichen Garanten von Übereinstimmung, die unabhängig von allen mitgeteilten An- und Absichten durch die Sprachform ihrer Mitteilung gegeben sein sollte. Sein inhaltsleeres, dafür umso umfassenderes Ideal von Einigung verleiht ihm ein Problem, das er mittels der Sprache gelöst sehen möchte. Es besteht in der Existenz von Differenzen und Gegensätzen in der Gesellschaft, die ein Linguist aber überhaupt nicht thematisiert. Er untersucht weder die Sprache, noch bestimmt er die gesellschaftlichen Gegensätze, deren Gegensatzhaftigkeit ihm ein Dorn im Auge ist, sondern konstruiert am Thema Sprache ein Ideal von Einigkeit und Einigung, das gesellschaftliche Gegensätze unterstellt und im Kommunikationsmodell zugleich für unnötig erklärt: Sprache kann man sich als Prozess der Herstellung von Übereinstimmung denken, verkündet er – ganz so als wären die – zweifellos auch mit

sprachlichen – Mitteln ausgetragenen Gegensätze bloße Missverständnisse, die sich nicht gegensätzlichen Interessen und Mitteln, sondern bloßen Störungen beim Mitteilen verdanken.

Weder die Analyse der Sprache, noch der gesellschaftlichen Gegensätze, sondern der vorwissenschaftliche Standpunkt des Staatsbürgers und Patrioten lässt einen Linguisten angesichts der Kollisionen in der Welt auf das Ideal kommen, all die bemerkten Konfrontationen könnten „eigentlich“ doch auch schiedlich-friedlich verlaufen. Sein demokratisches Harmonieideal übersetzt er in eine Quasigesetzlichkeit funktionierender Sprachgebrauchs. Der leitende Maßstab seiner kommunikationstheoretischen Konstruktionen ist die Vorstellung, gesellschaftliche Gegensätze verdankten sich möglicherweise einer mangelnden Leistungsfähigkeit der Sprache als Einigungsgarant, der sie doch sein sollte. Und die gewusste Haltlosigkeit seiner Gleichung von Sprechen und Sich-Entsprechen macht er für die Fortentwicklung seiner Theorie fruchtbar, indem er die Fahndung nach Bedingungen einleitet, unter denen – vielleicht – die Sprache die Einigkeitsgarantie sein könnte, die sie nicht ist. Über die Qualität der Sprache, die sie zur Übermittlung ideeller Inhalte tauglich macht, weiß er damit ebenso wenig wie über die gesellschaftlichen Gegensätze, die er immerzu im Hinterkopf hat. Aber er weiß alles besser: Bei letzteren kann es sich nur um „Kommunikationsschwierigkeiten“ handeln, die einerseits in der Sprache ihren unschuldigen Grund haben, andererseits also nicht sein müssten, wenn nur modellmäßig kommuniziert würde.

Auch eine Weise, diese unsere Welt zur besten aller möglichen zu verklären. ■

Linguistik lebensnah: „Zum Beispiel ...“

Zum Beispiel die Eskimosprache. Diese verfügt über eine Besonderheit, die speziell für Eskimos interessant ist, nämlich über eine „*Vielfalt der Namen für Schnee, die dessen verschiedenen Zuständen entsprechen*“ und die den Arktisbewohnern erlaubt, „*bestimmte für sie besonders wichtige Aspekte der Wirklichkeit auszudrücken.*“ (Schaff: Sprache und Erkenntnis, S. 156). Einerseits haben die Eskimos das gut hingekriegt. Andererseits müssen sie sich von den Linguisten schon sagen lassen, dass sie dafür einen hohen Preis entrichten müssen: „*Die Eskimos sehen dreißig Sorten Schnee und nicht Schnee überhaupt; nicht weil sie es wollen, nicht weil sie das untereinander verabredet haben, sondern weil sie die Wirklichkeit nicht anders wahrnehmen können.*“ (a.a.O., S. 156) Vor lauter Bäumen können die Eskimos den Wald nicht mehr sehen! Und wir alle, die wir sprechen, schreiben uns gefälligst ins Stammbuch, dass die Sprache, jenes füsige Mittel zum Bezeichnen von Unterschieden und damit zur ideellen Auseinandersetzung mit der Welt, in tieferer Hinsicht ein Zwang ist, der „*die Geister der betreffenden menschlichen Gemeinschaft beherrscht.*“ (a.a.O.)

Aber vielleicht ist dieser Fluch andererseits auch ein Segen. Zum Beispiel im Hinblick auf die Farben: „*Im Farbspektrum wird ein Deutscher, wie fast alle westlichen Völker, zwischen violett, blau, grün, gelb, orange und rot unterscheiden. Diese Unterscheidungen liegen aber nicht im Spektrum selbst; dort gibt es zwischen violett und rot nur ein Kontinuum. Dieses Kontinuum ist je nach Sprache auf unterschiedliche Weise gegliedert. Im Bretonischen und Walisischen wird ein einziges Wort ‚glas‘ auf einen Teil*

des Spektrums angewandt, der etwa den Zonen des Blau und des Grün im Deutschen entspricht.“ (Martinet: Grundlage der allgemeinen Sprachwissenschaft, S. 20)

Daschauher: das Farbspektrum zwingt zu nichts, nicht einmal zu seiner sprachlichen Einteilung! Wie eintönig wäre da die Welt, kämen nicht in unserem Sprachspektrum Farben vor, die im Farbspektrum gar nicht auszumachen sind. Grey roses for a grey baby? Gottseidank determiniert uns die Sprache, jeden „*Gegenstand sprachlicher Mitteilungen ... auf eine andere Art zu analysieren*“ (Linguistenjargon für ‚betrachten‘).“ (a.a.O., S. 20)

Denn determiniert soll es schon sein, das Denken. Aber was heißt nun die Determiniertheit des Denkens durch die Sprache, wenn in dieser das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis – auch dieses kommt in der linguistischen Beispielsammlung vor – ideologisch als Harmonie von „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ umgedeutet ist? Kann die „konkrete Erfahrung“ den wirklichen Sachverhalt überhaupt noch bemerken? „*Auf jeden Fall muß sie sich gegen den Widerstand des sprachlich Vorgeprägten behaupten.*“ (Diekmann, Sprache und Ideologie, in: Gerhard, Linguistik und Sprachphilosophie, S. 22) Ein richtiger Schelm, so ein Linguist. In Sachen Ideologien lässt er sich doch nichts vormachen. Die Determiniertheit des Denkens durch die Sprache, die er sich selber vormacht, gilt für alle außer ihm. Deshalb erschöpft sich sein „Widerstand“ gegen „das sprachlich Vorgeprägte“ auch darin, dem blöden Rest der Welt dessen universelle Determiniertheit durch die Sprache vorzuhalten. Zum Beispiel ...

EINE LINKSPARTEI FÜR DEUTSCHLAND Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

und wie viel ihren minderbemittelten Wählern zusteht, wo „menschenverachtende Ausbeutung“ aufhört und „Gutes Geld für gute Arbeit“ anfängt, wo aber auch die berechtigten Ansprüche der sozial Schwachen enden und unfinanzierbare Erwartungen sowie Gier beginnen.

„*Unser Ausgangspunkt heißt: Arbeit darf nicht arm machen, auch nicht im Alter. Doch wer von niedrigen Löhnen leben muss, ist auch im Alter von Armut besonders bedroht ... Dieser Rentenklau muss ein Ende haben! ... Kann ich von meiner Arbeit leben? Deshalb fordert die Linke öffentlich geförder-*

te Beschäftigung, einen Mindestlohn von 8 Euro“ (Bisky) sowie eine „*Revision des Hartz-IV-Gesetzes, eine armutsfeste Rente durch Rückkehr zur alten Rentenformel und eine Steuerpolitik, die auch die Vermögenden und Wohlhabenden stärker heranzieht.*“ (Lafontaine im Deutschlandfunk, 16.6.) Die Abhilfen, die den linken Protagonisten machbar erscheinen, sind ein Hohn auf die Diagnose von der um sich greifenden Armut und der systematischen Ausnutzung der sozial Schwachen, mit der Die Linke denen ihre Solidarität erklärt: Es soll nur wieder ein bisschen so werden wie neulich. Das genügt aber offenbar zur Abgrenzung gegen andere Kräfte, die z.B. bloß 7,50 Euro Mindestlohn fordern. **Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben**

EINE LINKSPARTEI FÜR DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

dern, und um der jahrelang mit Füßen getretenen „sozialen Gerechtigkeit“ gegen die noch herrschenden neoliberalen Ideologen zu ihrem Recht zu verhelfen.

„Deshalb muss es eine neue Kraft geben, die Linke, die sagt: Jawohl, wir wollen den Sozialstaat wieder herstellen!“ (Gysi)

Mit diesem attraktiven Angebot kämpft Die Linke um die Wahlstimmen der Opfer der herrschenden Wirtschaftsweise. Damit will sie die politischen Kommandohöhen erklimmen und genau die Wirtschaft verwalten, die diese Opfer schafft.

Eine politische Heimat für die wachsende Unterschicht – „Die Linke“ wirbt selbstbewusst mit ihrem Nutzen für die Nation

Die Linke, die das kapitalistische Deutschland vor Schröder für das verwirklichte Reich der sozialen Gerechtigkeit hält und ganz konservativ dahin zurück will, beginnt ihren Weg an die Macht nicht wie vor 130 Jahren die Sozialdemokratie. Der ging es seinerzeit um eine durchgreifende Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, durch Lohnerhöhung und Arbeitsschutzgesetz und letztendlich durch die revolutionäre Befreiung vom Kommando der Ausbeuter – die Austragung der Widersprüche in diesem Konzept hatte die Partei noch vor sich –; dafür organisierte sie Kämpfe der Ausgebeuteten gegen ihre Fabrikherren und gegen den Staat, auf dessen Gewalt deren Macht beruht. Erst Jahrzehnte später, nach Krieg und Zusammenbruch, fand die deutsche Sozialdemokratie zu ihrer nationalen Rolle als *politische Vertretung* der ausgebeuteten Klasse im kapitalistischen Gemeinwesen, die dem Proletarier seine *Anerkennung als Bürger* verschafft, die Betreuung seiner Existenznöte, soweit für den Fortschritt der Nation erforderlich, ins Staatsprogramm aufnimmt, dadurch den Klassenkampf befriedet und dem System voll integrierte Arbeitnehmer liefert. Mit diesem Endpunkt des sozialdemokratischen „Marsches durch die Institutionen“, hin zum Standpunkt einer *Partei der Macht*, fängt Die Linke von heute programmatisch an. Sie *empfehl* sich als linke Wahlpartei mit einem Dienst an der Stabilität des kapitalistischen Staates und seiner Ausbeutungsordnung, den nur so ein Club wie sie mit seiner solidarischen Ansprache an die minder Bemittelten erbringen kann. Und sie hält das nicht für eine Entlarvung ihres sozialdemokratischen Zynismus, sondern für eine ehrenwerte Mission, mit der sie angibt und für die sie Anerkennung und Wählerstimmen verdient.

In diesem Sinne wirft man den Neoliberalen vor,

„statt Chancengleichheit zu fördern, die Kluft zwischen oben und unten zu vergrößern ... Steigende Gewinne gehen einher mit ankaltender Massenarbeitslosigkeit, Niedriglohnsektoren breiten sich aus. Große Teile der Bevölkerung wenden sich von der Teilnahme an der demokratischen Willensbildung ab.“ (Programmatische Eckpunkte – Gründungsdokument)

Armut, Verwahrlosung, Ausschluss von Wohlstand und Fortschritt, die Übel, die die Nationalökonomie für einen beachtlichen Teil des Volkes bereithält, werden als Probleme ins Auge gefasst; aber nicht als Probleme, die diese Produktionsweise „den Menschen“ beschert, sondern als Problem, das dem verursachenden Gemeinwesen von den Verelendeten droht oder drohen könnte. Die könnten nämlich die Lust verlieren, weiterhin brav und konstruktiv ihre politische Rolle als selbstbewusste Mitglieder des Gemeinwesens zu spielen – offenbar das schlimmste Übel, das eine moderne Linke sich vorstellen kann. Mit Hilfe einer kleinen Portion Sozialpsychologie gelangt der Parteichef auf kürzestem Weg vom Mitleid für die Verelendeten, deren Leben ruiniert ist, zur Sorge, dass diese Gestalten wohl kaum kapitalistisch brauchbare und politisch zuverlässige Staatsbürger abgeben werden:

„Menschen, die am Monatsende nicht wissen, ob sie ihre Miete oder die Stromrechnung bezahlen können, die Angst haben, ihr Geld reiche nicht mehr, um Brot zu kaufen, verlieren ihre Freiheit. Sie können am gesellschaftlichen Leben nicht mehr teilnehmen und ihre Zukunft nicht mehr planen. Ihre Widerstandskraft erlahmt. Sie resignieren und flüchten oft in Alkohol- oder Drogenkonsum.“ (La-

fontaine, FAZ, 9.7.)

Dagegen stellt Die Linke sich auf – als sozialtherapeutische Anstalt, die die Entgleisten und Marginalisierten, Säufer und Kiffer mit dem Methadon der Demokratie wieder auf den rechten Weg zurückführt und dabei vor dem falschen Weg der Rechten bewahrt:

„Zu einem historischen Auftrag, den wir haben, möchte ich etwas sagen, weil er in der Öffentlichkeit immer wieder vergessen wird. Wir sind die einzige Stimme im Parlamentsbetrieb und im politischen Leben, die denen Hoffnung wieder gibt, die bisher nicht mehr zur Wahl gingen, weil sie gesagt haben, es lohnt sich ja nicht mehr, sie entscheiden ja doch immer gegen uns. Ohne uns wäre die Rechte in Deutschland stark.“ (ebd.)

Mit ihrem sozialpolitischen Engagement rettet Die Linke die Republik vor der Enttäuschung der Enttäuschten:

„Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine Republik. Freiheit erleben nur Menschen, die vor dem sozialen Abstieg geschützt werden. Daher muss der Sozialstaat in Deutschland wieder aufgebaut werden.“ (ebd.)

Das ist die „historische“ Mission der Partei. Und dafür will sie nicht bloß das Lob aller FAZ-Leser, die sich ähnliche Sorgen um die demokratische Hygiene im Land machen: Das Prekariat selber wird über seine Missionare von links so begeistert sein, dass es auf deren Signale hört und sich viel lieber von denen als von den Rechten klarmachen lässt, dass es seine wahre Identität darin hat, einem deutschen Staat anzugehören und dessen Chefs wählen zu dürfen:

„Wenn etwas das Ergebnis der verfehlten Politik der letzten Jahre war, dann war es die Zerstörung des Sozialstaates, der doch Millionen Deutschen Identität in ihrem Staat gegeben hat.“ (ebd.)

Die Linke rettet Millionen Deutschen ihre nationale Identität: In diesem ehrenwerten Anliegen weiß sich die Partei dermaßen einig mit ihrem Vaterland, dass sie gegen ihre Verächter mit dem Grundgesetz unter dem Arm in die Offensive geht: Genau die sind es doch, die bornierten Neoliberalen, die den Auftrag der Verfassungsväter – soziale Demokratie, Frieden, Monopolaufsicht ... – und auch sonst alle Werte verraten, auf die dieses wunderbare Gemeinwesen gegründet ist. Bisky, Gysi und Lafontaine scheuen sich nicht, sich als Erben nicht nur der Aufklärung, von Liebknecht und Luxemburg, sondern auch von Willy Brandt, Ludwig Erhard und dem „Ordoliberalen“ Walter Eucken zu präsentieren, als die eigentlichen Vollstrecker des ersten Nachkriegsprogramms der CDU, der Gründungsprogrammatische der Grünen und des SPD-Parteiprogramms von 1989.

„Ich frage: Was wollen wir denn eigentlich Schlimmes, was angeblich mit dem Grundgesetz nicht übereinstimmt? O.k., im Unterschied zu den anderen Parteien sind wir der Auffassung, mittels Krieg kann man keine Probleme lösen ... Aber das steht auch so im Grundgesetz ... Wir stellen die soziale Frage, brauchen soziale Gerechtigkeit ... Das steht in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz. Die anderen verhalten sich verfassungswidrig.“

Und nicht nur das: Sie verweigern sich der demokratischen Kultur, die sonst überall auf dem alten Kontinent herrscht:

„Und dann ... wird immer so getan von anderen Parteien, als ob das nun eine Katastrophe wäre, dass die Linke in Deutschland entsteht, ein Frevel, sie geißeln. Warum eigentlich? Was passiert denn eigentlich? Wir machen nichts anderes als Deutschland ein Stück europäisch normaler. Die armen konservativen Parteien in Italien, Frankreich, Holland, Spanien, Portugal mussten schon immer mit einer Linken leben. Das ist europäische Normalität.“ (Gysi)

Dort bringen die Linken den Gang der kapitalistischen Dinge doch auch nicht durcheinander! Dass sich durch seine neue Partei nichts wirklich ändern wird, hält Gysi bei seiner süffisanten Zurückweisung der offiziellen Linkenphobie nicht für ein Argument gegen eine solche Linke, sondern für eines dafür: Ohne eine Linkspartei, von der sich auch die Unterschicht vertreten fühlt, ist die Demokratie einfach nicht fertig. Sie ist nötig für Deutschland, und die bessere Gesellschaft hat von ihr nichts zu befürchten. Noch einmal hilft Lafontaine nach und beruhigt geduldig die Nationalisten mit der langen Leitung:

„Alle unsere Vorschläge sind pädagogisch angelegt. Wir verweisen immer auf Beispiele in anderen Ländern. Wenn wir einen Mindestlohn fordern, sagen wir: wie in Frankreich. Wenn wir einen höheren Spitzensteuersatz fordern, verweisen wir auf

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion mit Dr. Theo Wentzke

Das Geld

Von den vielgepriesenen Leistungen des schönen Mammons

Geld muss man nicht erklären, man muss es *haben*; das versteht sich für lebenskluge Zeitgenossen von selbst. Wenn es am Geld etwas zu erklären gibt, dann, wie man am besten am möglichst viel davon herankommt: Ohne Moos nix los!

Das ist fatal. Denn wer dem unausweichlichen Zwang, Geld zu verdienen, nur die Ermunterung entnimmt, ihm möglichst erfolgreich nachzukommen, der bleibt in ein Zwangssystem der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verstrickt, das ihm nicht wenig Sorgen aufnötigt. Außerdem macht er den gar nicht so unvermeidlichen Fehler, sich dazu kritiklos affirmativ zu stellen. Da helfen dann auch kein Ärger und keine Beschwerden mehr über den Stress beim Geldverdienen, über das wenig zufriedenstellende Resultat, über die hohen Preise, und überhaupt über das wenige Geld hier und den vielen Reichtum dort.

Wer sich das Geld nicht erklären will, soll über dessen ungleiche Verteilung nicht jammern. Umgekehrt: Wer nicht immer nur über die Sorgen mit dem Geld und seine ungerechte Verteilung klagen will, der sollte sich lieber das Geld erklären – und die mit ihm gültig gemachte ganz und gar nicht so vernünftige und sachnotwendige Produktionsweise.

Erläuterungen zum Geld gibt es auf der Veranstaltung des GegenStandpunkt-Verlages im Rahmen der 12. Linken Literaturmesse (www.linke-literaturmesse.org) in Nürnberg am

Sonntag, 16. Dezember 2007, 12.00 Uhr

K4 im Künstlerhaus, Weißer Saal, Nürnberg, Königstraße 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Das Buch zum Vortrag:

Wolfgang Möhl/Theo Wentzke. **Das Geld – Von den vielgepriesenen Leistungen des schönen Mammons.** München: GegenStandpunkt-Verlag. 162 Seiten. 15,- €. ISBN 978-3-929211-11-5

europäische Länder ... Um die neoliberale Mehrheit zu erschrecken, sage ich manchmal auch: wie in Schweden oder in Dänemark. Deren Steuer- und Abgabenquote ist um 16 Punkte höher. Umgerechnet auf unsere Verhältnisse, flössen dann mehr als 340 Milliarden Euro zusätzlich durch die öffentlichen Kassen.“ (Lafontaine, FAZ, 4.6.)

Was wir fordern, geht; es ist anderswo ganz normal; und das war es bis neulich auch bei uns: So „pädagogisch“ wirbt die neue Partei für sich als unverzichtbaren Bestandteil eines kompletten christlich-abendländischen Parteienspektrums – und als Lückenbüsser für die Lücke, die der Schrödersche Schwenk der SPD in der parlamentarischen Sitzordnung des deutschen Bundestags aufgerissen hat:

„Die SPD hat sich doch selbst verlassen.“ (Gysi, Hamburger Abendblatt, 13.6.)

Für die Nische, die Die Linke besetzen kann, schulde sie dem neoliberalen Altkanzler geradezu Dank, scherzt Lafontaine:

„Ich habe schon daran gedacht, Gerhard Schröder als Geburtshelfer für unsere neue Linkspartei zum Gründungsparteitag einzuladen. Aber im Ernst: Ohne Schröders Entscheidungen für die Agenda 2010, für Hartz IV und für die vorgezogene Bundestagswahl gäbe es die neue Linke nicht.“ (Lautsitzer Rundschau, 14.6.)

– weil sonst ja noch die alte Linke da säße, wo nach dem Lehrbuch des Parteienpluralismus eine Linke einfach hingehört. Und mit dem Platz, den die SPD geräumt hat, übernimmt Die Linke gleich auch das auf diesen Platz abonnierte Wählerpotenzial, mit dem es – nach einem längeren historischen Durchhänger – sogar wieder aufwärts gehen könnte. Denn ohne dass die Partei dafür groß hätte agitieren müssen, gibt es an den Schaltstellen der politischen Meinungsbildung im Land nach ihren Themen eine *Nachfrage*, was Histomat-geschulte Linke gleich allen Ernstes für eine *historische Chance* halten:

„Die Chancen der Linken sind nach den weltgeschichtlichen Vorgängen, die wir um 1989 und vorher erlebt haben, viel schneller gekommen, als von vielen von uns erwartet ... Der neoliberale Zeitgeist bröselte. Selbst in unseren Talkshows wird wieder die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit gestellt.“ (Gysi)

Die Sehnsucht der Erniedrigten und Beleidigten: Ein linkes Establishment

In dieser glücklichen Situation kommt es nur darauf an, dass die Partei ihre goldene Gelegenheit – „Wir sind gekommen, um zu bleiben!“ – nicht durch allzu große Distanz zu den vorfindlichen politischen Ansichten ihrer Adressaten verspielt. Kluge demokratische Politiker passen ihre Werbeparolen nämlich der Auffassungsgabe der Kundschaft an, die sie anschließend, nach erfolgter erfolgreicher

Wahl, regieren wollen. In diesem Sinne ermahnt Lafontaine seine Leute:

„Wir sind doch in einer guten Ausgangsposition. Wir wollen die drittstärkste Partei werden.“ (FAZ, 14.6.) „Wir können dauerhaft zweistellig werden, wenn wir die Bodenhaftung behalten und nicht abheben. Und wenn wir ganz realistische Politikangebote unterbreiten.“ (SZ, 15.6.)

Sehr logisch: Wenn Leute eine linke Partei gründen, weil sie der Meinung sind, dass das heute mit Aussicht auf Erfolg geht, dann orientieren sie sich auch programmatisch daran, *was Erfolg verspricht*. Und das gilt nicht bloß für die Programmaussagen, die man in Talkshows und auch anderswo zum besten zu geben gedenkt. Das gilt noch viel mehr in der Frage, *wie* Die Linke „den Leuten“ am besten kommt: als *was für ein Verein* sie sich präsentieren soll. Da steht die Antwort nämlich fest: Demokratische Parteien überzeugen ihr Wahlvolk mit nichts besser als mit *ihrem Erfolg*. Wenn Die Linke also ihre historische Chance ergreifen will, dann muss sie mit ihrem ganzen Auftreten von sich das *Bild einer Profitruppe* erzeugen, die im Bereich der politischen Macht zu Hause und mit allen Wassern gewaschen ist, die sich durch keinen feindlichen Partei-Generalsekretär und keinen übel gesonnenen Showmaster in Verlegenheit bringen lässt, die das Geschäft der Wählerbetörung aus dem Effeff beherrscht und aus der Verwaltung des Gemeinwesens gar nicht mehr wegzudenken ist.

Wie weit man dabei gehen soll: Das ist die programmatische Streitfrage, an der die neue Partei ihre heißen Selbstfindungsdebatten führt. Da fürchtet eine starke Fraktion vor allem aus der westdeutschen WASG um griffige Unterscheidungsmerkmale im Verhältnis zur neoliberal verseuchten SPD; um sich als linke *Alternative* einzuführen und zu etablieren, müsste man sich schon erst mal *links* aufführen und mit oppositionellen Absagen ans Kompromisse-Schließen und Mitregieren auf sich aufmerksam machen. Die Führung der Ex-WASG und die Mehrheit der neuen Gesamtpartei ist da allerdings entschieden anderer Meinung:

„Wir müssen an die Tradition der PDS anknüpfen und auch im Westen die Partei der Kümmerer werden“, sagt Maurer. Bürger sollten sich mit Alltagsproblemen wie Jobverlust oder Mietproblemen an die Geschäftsstellen wenden können. Maurer schwebt eine Art rote CSU vor. Im Osten sind die Linken bereits Volkspartei. Sie stellen 178 Bürgermeister. In

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1, oben

Sozialistische Gruppe

Erlangen-Nürnberg (SG)

c/o Sprecherrat, Turnstr. 7, Erlangen

www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.: V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

EINE LINKSPARTEI FÜR DEUTSCHLAND- Fortsetzung von Seite 3, Spalte 4 unten

Brandenburg gewannen sie bei der Landtagswahl mehr als die Hälfte der Wahlkreise, in Thüringen wurden sie stärker als SPD, Grüne und FDP zusammen – und in Berlin sitzen sie sogar in der Regierung.“ (SZ, 27.6.)

Wie wird man eine erfolgreiche Partei? Davon hat Die Linke eine feste Vorstellung: Volkspartei muss man sein. Und das ist eine Partei, die nicht das Volk aufwiegelt und organisiert, sondern Leute in ihren Reihen hat, die im ganz eindeutigen Sinn des Wortes etwas zu sagen haben: Autoritäten, auf die das Volk hört. Als Volkspartei profiliert man sich nicht durch ein Programm, das, wie der Politprofi weiß, vom Wähler ja doch nicht gelesen wird, sondern durch ein paar national bekannte, in mittleren und höheren Staatsämtern erprobte Führungsfiguren; durch Prominente, die schon politische Zugkraft bewiesen haben und in den Medien präsent sind. Man beweist Volksnähe dadurch, dass man biedere Bürger-

TERRORGEFAHR IN DEUTSCHLAND Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 Mitte

vorgängige Legislativarbeit gefordert: Denn, – „seien wir ehrlich!“ – die „Rechtsfragen dabei ... wären völlig ungeklärt“. Er empfiehlt, „solche Fragen möglichst präzise verfassungsrechtlich zu klären, und Rechtsgrundlagen (zu) schaffen, die uns die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus bieten. Ich halte nichts davon, sich auf einen Übergesetzlichen Notstand zu berufen, nach dem Motto: Not kennt kein Gebot.“

*

Dass die politische Konkurrenz „Schäubles Anti-Terror-Pläne“ schlecht macht, ist zunächst politische Routine: Schäuble sei ein rechtsstaatlicher „Amokläufer“, lässt SPD-Struck verlauten, während „für die SPD Sicherheit an erster Stelle stehe, aber gleichrangig mit der Freiheit des Bürgers“, und zwar mindestens; Westerwelle wirft sich, keine Schwierigkeit bei der Wortbildung scheidend, der „Guantanamoisierung der deutschen Innenpolitik“ persönlich entgegen; und der vorsitzende Schreckschraube der Grünen graust es ihrerseits vor der „Lizenz zum politischen Mord“. (Alle aus SZ, 10.7.)

Sogar etliche in der CDU „gehen auf Distanz“ und am Ende mischt sich auch noch der Bundespräsident ein und „kritisiert Schäuble“! (SZ, 16.7.) Er findet „die Art, wie die Vorschläge kommen – vor allem in einer Art Stakkato“ nicht so „optimal“. „Wie sollen die Leute das verkraften?“ Über diese empfindsame Stilkritik hinaus, die die „Leute“, die viel verkraften können, nur keinen laxen Umgang mit Terroristen, ziemlich unterschätzt, hat der brave Präsident bei der von Schäuble vorgestellten „Tötung eines vermeintlichen Terroristen“ so seine Probleme, Verfahrensprobleme nämlich: Er hat „persönliche Zweifel“ daran, „ob man das ohne Gerichtsurteil so von der leichten Hand machen kann.“ (SZ, 16.7.) In der zweiten Runde, wenn das demokratische Denunzieren und die Geschmacksfragen zunächst einmal erledigt sind, zeigt sich, dass sich die Kritiker gar nicht so schwer tun, das „Undenkbare“ mitzudenken:

- Der Berliner Innensenator Körting, SPD, will seinen Kollegen Schäuble nicht gleich einen „Amokläufer“ nennen, wie seine demonstrativ wütenden Parteigenossen. Er kommt ihm höflicher und verweist darauf, dass er einfach Schäubles Lageinschätzung nicht teilen könne. Weil er, im Gegensatz zu Schäuble, „den Bestand der Republik, unserer Gesellschaftsordnung oder unserer Lebensart als solcher durch terroristische Anschläge nicht bedroht“ sieht, kann er auch Schäubles Geschwimmenden inneren wie äußeren Bedrohung nicht nachvollziehen, sondern fordert von dem gesetzgeberisch irgendwie hyperaktiven Innenminister eine an den Realitäten orientierte legislative Technik: Er wünscht sich, man möge die „Abwehrmaßnahmen nach der tatsächlichen Gefährdung ausrichten“ und nicht jetzt schon „Gesetze gegen alles und jeden machen, der potenziell einmal zu einer Bedrohung werden kann.“ (Spiegel, 29/07) Damit liegt er auf einer Linie mit seiner Parteifreundin im Bundesjustizministerium: Die mahnt zur „Zurückhaltung bei Verfassungsänderungen“, verspricht aber, „über konkrete

meister aufbieten und gestandene Gewerkschaftsfunktionäre zu sich herüberziehen kann. Man kümmert sich „vor Ort“ um die Sorgen der Leute, nicht um gegen deren Ursachen mobil zu machen, sondern um sich in der Rolle des sachkundigen Ratgebers beliebt zu machen, den keiner mehr missen mag: Das ist der passende Vorlauf für das Einkassieren von Wählerstimmen. In Bierzelten, auf Feuerwehrbällen, bei Sportfesten will Die Linke auftreten und Reden halten, bei denen es endgültig nicht mehr auf den Inhalt ankommt, sondern darauf, dass einer der Ihren dem Volk vorführt, wie selbstverständlich es ihn und die Partei als seinen Vertreter respektiert. Mit einem Wort: Wer zum Establishment der Republik gehören will, der muss sinnfälliger und überzeugend deutlich machen, dass er schon dazu gehört. Eine rote CSU eben! Werden wie die vorbildliche Partei aus Bayern!

Autoritärer geht's nicht mehr. So wird eine echte linke Volkspartei aus der Taufe gehoben.

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 3-07

Vorschläge ließe sich reden“. (Zypries, t-online-nachrichten, 17.7.)

- Rechtskundige Journalisten zeichnen nach, dass man eigentlich das Meiste, was Schäuble verlangt, doch eigentlich heute schon dürfte: „Triff man einen Bin Laden in Afghanistan im Kriegsgebiet an, gilt ohnedies das Kriegsvölkerrecht.“ Und schon ist eine „gezielte Tötung von Terroristen“ wieder denkbar! Trifft man ihn „im eigenen Land“ auf frischer Tat an – kein Problem! Es „gelten seit langem die Vorschriften über den finalen Rettungsschuss.“ Ansonsten wird „aufgegriffen, angeklagt, verurteilt. Basta!“ (Die Zeit, 12.7.)

Der kernige Aufruf, man solle doch zuerst einmal ausschöpfen, was an gewalttätiger antiterroristischer Energie in der schon geltenden Rechtslage steckt, zeigt, dass da zwar immerhin konstruktiv mitgedacht wird, der durchaus kämpferische Ansatz aber an Schäubles Generalanliegen vorbei geht.

*

Schäuble fühlt sich missverstanden und beklagt sich, dass manche, die darüber nachsinnen, was er denn eigentlich vorhabe, ihn gar nicht verstehen wollen, wenn sie fragen, ob er nur eine Taktik verfolge, das Maximale zu fordern, um etwas zu bekommen, oder ob er einfach nicht mehr ganz bei Trost sei, seit dem Attentat auf ihn selbst. Und irgendwie hat der Minister recht mit seinem Verdacht:

Natürlich könnten auch Schäuble und seine richtlinienkompetente Kanzlerin „innere und äußere Sicherheit“ unterscheiden und kennen den Unterschied zwischen einem Krieg, in dem Staaten mit ihrer militärischen Gewalt offiziell übereinander herfallen und einem Terroranschlag, bei dem aufgebrachte NGO-Mitglieder mit privater Militärgewalt – auch wenn der Schaden groß ist und der Terrorismus grenzüberschreitend – in einer asymmetrischen Anstrengung einem Staatswesen größtmögliche Nachteile zufügen. Wenn sie aber diese Unterscheidung nicht mehr kennen wollen und es zu einem gefährlichen politischen Fehler erklären, weiterhin an ihr festzuhalten, haben sie ihre Gründe. Mit denen halten Merkel, Schäuble und ihre Mitstreiter auch nicht groß hinter dem Berg: Sie zielen offensiv auf die Rechtsfolgen dieser bislang gültigen Differenzierung, die sie nicht mehr länger dulden wollen. Sie halten eine Paragrafenlage, in der der Zugriff auf die jeweils geeignetste Waffe im Krieg gegen den Terror rechtliche Umstände macht, in der etwa der Einsatz der Armee im Inneren nur über den Umweg der Amtshilfe zu haben ist, eigentlich für einen Skandal, auch wenn – und gerade weil – dieser unhaltbare Zustand immer noch geltendes Verfassungsrecht ist. Weil die Verfügbarkeit der Gewaltmittel gemäß gültiger Geschäftsordnung eine Rechtsfrage ist, wird die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, mit ihrer juristisch belangvollen Zuordnung der jeweils einschlägigen Einsatzkompetenzen, Polizei, Geheimdienste und Militär betreffend, für die Regierung zum Gegenstand dringenden rechtspolitischen Reformbedarfs. Im Kampf gegen jedwede Feindschaft, die die weltweite Tätigkeit der kapitalistischen Nationen auf sich zieht, will sie rechtliche Regelungen staatlicher Gewalttätigkeit loswerden, die sie vom Standpunkt ihres Bedarfs heute zu Beschränkungen erklärt. Das ist sehr generell

Diskussionsveranstaltung der SG in Erlangen:

Armut

Produkt und Produktivkraft des kapitalistischen Reichtums

Dass es in ihr Armut gibt, wird in unserer freiheitlichen Gesellschaft nicht verschwiegen. Gerade jetzt wieder stellen Zeitungen Armutsschicksale vor, um auf Weihnachten einzustimmen und ihre Leser zum Spenden zu bewegen. Regelmäßig werden verantwortlicher Seite „Armutsbereiche“ veröffentlicht und von der Öffentlichkeit betroffen diskutiert. Und seit der erfolgreichen Rettung des Sozialstaats durch die Agenda 2010 hat das Thema Armut sogar eine gewisse Konjunktur. Talkshows widmen sich ihm („Armut in Bayern“) und allenthalben gibt's sozialkritische Berichte. Da dürfen dann Betroffene erzählen, wie es sich so mit Hartz IV lebt. Veranstalter von Armenspeisungen berichten, dass sie an ihrer „Tafel“ gar nicht all die Leute unterbringen, die an sie drängen; dass immer mehr Kinder auf diese Speisung angewiesen sind, weil das Geld zu Hause zum Essen nicht reicht. Und und und ...

Trotzdem: Zweifel über die Güte und Verträglichkeit unseres marktwirtschaftlich verfassten Gemeinwesens kommen bei und trotz alledem nie auf. Auch wenn die Debatte anklagend kritisch wird und die existierende Armut zum Skandal erklärt, geht sie davon aus, dass es in diesem Gemeinwesen „eigentlich“ gar keinen Grund für Armut gibt. „Armut in einem reichen Land“ lautet da die Kritik, die – versehen mit fünf Ausrufezeichen – einfach darauf beharrt, dass Armut nicht sein müsste, also auch nicht sein dürfte. Und warum gibt es sie dann doch?

Klar, individuelle Schicksalsschläge, da kann keiner nix dafür. Und ansonsten liegen Fehlentwicklungen, Fehlverhalten vor. Auf politisch links: „Politik der sozialen Kälte“, die Leute auf ALG II setzt, „wo man doch von 340 Euro nicht leben kann“.

Fragt sich nur, ob diejenigen, die durch individuelle Schicksalsschläge ins Elend stürzen, nicht schon vorher arm gewesen sein müssen. Bei Reichen jedenfalls passiert es selten, dass sie etwa wegen einer schweren Krankheit auch noch zum Sozialfall werden. Und dass die staatliche Armutsverwaltung der Grund für die Armut ist – na ja, das glaubt auch nur „Die Linke“, wenn sie mit der Parole „Armut per Gesetz“ auf Stimmenfang geht.

Unser Vorschlag: prüfen wir doch einmal, wie Armut und Reichtum in der besten aller Welten, der Marktwirtschaft, zusammenhängen. Vielleicht ist das Nebeneinander von Armut und Reichtum überhaupt die produktive Grundlage und Konsequenz der Art von Reichtum, um die es hier geht?

Mittwoch, 12. Dezember 2007, 20.00 Uhr
Turnstraße 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen

Diskussionstermin in Nürnberg: regelmäßig dienstags, 20 Uhr,
Desi, Brückenstraße 23, Themen siehe: www.sozialistischegruppe.de

gedacht und mit gesetzgeberischem Kleinklein nicht zu erledigen:

„Die alten Kategorien passen nicht mehr ... wir brauchen neue Begrifflichkeiten.“ (Schäuble, Spiegel 28/07)

Weil die Gewalt rechtsstaatlich organisiert ist, muss man sich ihre Mittel auf juristischem Wege rechtfertigbar machen, indem man „die Dinge rechtlich sauber löst“ und sich so „die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus“ (Schäuble im Spiegel-Gespräch) schafft.

*

Mit der Ausrufung einer Bedrohungslage, die keine innere oder äußere Sicherheit mehr kennt, sondern nur mehr einen einheitlichen, polizeilich-militärischen Bedarf, der sich ausschließlich an sicherheitstechnischen Fragen zu orientieren hat, hat die Regierung ihren Maßstab für die Entwicklung einer neuen (verfassungs)rechtlichen „Begrifflichkeit“ gefunden. Die Proklamation eines andauernden Kriegszustandes ohne offenen Krieg; einer fortwährenden verdeckten Bedrohung, deren Gefährlichkeit die Regierenden mit wechselnden Alarmstufen im öffentlichen Bewusstsein halten, begründet aus dem Fundus ihres Geheimwissens; eines stets möglichen Verteidigungsfalles, den ein vorangestelltes „Quasi“ nicht harmloser, sondern dräuend unbestimmt macht: Das ist die Art, in der Merkel, Schäuble und Co die Souveränität der politischen Führung gegen die geltende Rechtslage geltend machen. Ihr Handlungsbedarf soll mit Berufung auf die neue Normalität des sicherheitspolitischen Ausnahmezustandes zur Leitlinie der Rechtsfortbildung werden. Und die soll gefälligst dafür sorgen, dass die Freiheit zur aktiven Staatssicherheit künftig jederzeit geltende Regel wird.

Sie wollen wirkliche und vermeintliche Gegner wie feindliche Kombattanten behandeln und all das, was sie an besonderen Behandlungsarten gegenüber dieser Klientel für angebracht halten, auch dürfen. Sie wollen nicht länger auf die unbeschränkte Verfügung über den mächtigsten Gewaltapparat im Land, die Armee, verzichten, die rechtlichen Umstände und Umständlichkeiten mit denen der Einsatz der Armee im Inland verbunden ist, abschüteln und dafür eine verfassungsrechtlich einwandfreie Genehmigung. Und sie wollen, gestützt auf ihren immerzu schwebenden Kriegszustand, einen juristischen Freibrief dafür, „die staatliche Forderung des Lebensensatzes im Verteidigungskrieg“ (GG-Kommentar

Maunz-Dürig-Herzog, zu Art. 2 Abs. 2) nicht auf Soldaten zu beschränken, die man schon immer mit der Pflicht zum staatsnützlichen Sterben konfrontieren konnte. Wenn schon innere und äußere Sicherheit nicht mehr zu unterscheiden ist, und der Kriegszustand nicht mehr so klar von dem des Friedens, dann sind alle Bürger immer auch ein wenig wie Soldaten. Mit der rechtlichen Folge, dass dann die Ansprüche an „die solidarische Einstandspflicht des Einzelnen“, wie die FAZ streng folgert (FAZ, 3.7.), im Falle eines Angriffes auf „das Staatsganze“ erheblich höher wären. Dann müsste sich dieser Einzelne auch gelegentlich klaglos und solidarisch mit einem Terrorflieger abschießen lassen, ohne dass Schützen und Befehlshaber sich kläglich in den „Auffangatbestand“ des übergesetzlichen Notstandes flüchten müssten.

Die Frage, ob mit seinen Vorschlägen nicht „eine rote Linie“ überschritten und „unsere Gesellschaft unwiderruflich verändert“ würde, lässt Schäuble, der ja gerade die Gesellschaft und ihre rechtliche Verfasstheit nach den Bedürfnissen seines antiterroristischen Kriegszustandes verändern will, reichlich kalt:

„Die rote Linie ist ganz einfach: Sie ist immer durch die Verfassung definiert, die man allerdings verändern kann.“ (Spiegel, 28/07)

So erinnert der Innenminister daran, dass auch in der neuen, auf Dauer angelegten Ausnahmelage des Gemeinwesens verfahrenstechnisch das Übliche gilt: Die Gewalt schafft sich ihre Rechtsformen nach ihren Bedürfnissen und kann insofern, wenn die behauptete Bedrohung des „Staates als Ganzes“ nur groß genug ist, auch mit Zugriffen der größeren Art kaum mehr ernsthafte Fehler machen, wenn eine beizeiten geschaffene, „präzise verfassungsrechtliche Rechtsgrundlage“ vorliegt. Beachtet die Politik diese Verfahrensweise, dann leistet sie damit einen wichtigen Dienst an der Verfassung:

„Das Grundgesetz würde doch zerbrechen, wenn wir es nicht anpassen würden“.

Weil das Grundgesetz an der geänderten Realität zerbrechen würde, ist derjenige, der als amtierender Innen- und Verfassungsminister mit seinem politischen Bedarf diese Realität definiert, auch dazu berufen, für die bruchgefährdeten Artikel der Verfassung Sorge zu tragen: indem er sie durch Anpassung an die aktuellen Bedürfnisse der Staatssicherheit geschmeidig hält. So geht der nachhaltige Verfassungsschutz, den jedes Grundgesetz braucht.

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 3-07